

# **SITZUNG DES VORSTANDS DER ETF**

**15. JUNI 2012**

## **PROTOKOLLS**

### **1. Einleitung**

Die Sitzung des Vorstands der ETF findet am 15. Juni in Turin statt, den Vorsitz führt Jan Truszczyński, Generaldirektor der GD Bildung und Kultur der Europäischen Kommission.

Die neuen Mitglieder des Vorstands aus Polen (Stefania Wikel, Mitglied), Schweden (Per Byström, Mitglied), Italien (Franco Giordano, Stellvertreter), von der Europäischen Kommission (Antonio Silva Mendes, Direktor, GD Bildung und Kultur (GD EAC), Stellvertreter, Yngve Engström, Referatsleiter, GD Erweiterung, Stellvertreter) und der unabhängige Sachverständige des Europäischen Parlaments, Jan Andersson, werden begrüßt. Alle vom Europäischen Parlament ernannten unabhängigen Sachverständigen nehmen an der Sitzung teil. Als Beamte der Kommission sind João Delgado, Referatsleiter, GD EAC, Hjördis Ogendo, GD DEVCO, Frédérique Rychener, GD Beschäftigung, Soziales und Integration (GD EMPL), anwesend. Miriam Brewka Pino vertritt den Europäischen Auswärtigen Dienst. Cedefop wird durch Loukas Zahilis und Eurofound durch Stavroula Demetriades vertreten. Mara Arno vertritt die Personalvertretung der ETF.

Irland, Litauen, die Niederlande, das Vereinigte Königreich, Slowenien sowie die Beobachter aus Aserbaidshan, der Türkei und Jordanien sind bei der Sitzung nicht vertreten.

### **2. Annahme der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird vom Vorstand angenommen.

### **3. Follow-up zur letzten Sitzung**

#### **i. Protokoll der letzten Sitzung**

Das Protokoll der letzten Sitzung am 22. November 2011 wird vom Vorstand genehmigt.

## ii. Follow-up zu Aktionspunkten und schriftlichen Verfahren

**Shawn Mendes**, stellvertretender Direktor der ETF, stellt die Maßnahmen vor, die als Follow-up zu der Sitzung vom November 2011 durchgeführt wurden:

- Die Ergebnisse der externen Bewertung der ETF werden im Tagesordnungspunkt 4 erörtert.
- Die ETF hat die Genehmigung des überarbeiteten ETF-Haushaltsplans 2012 und des ETF-Arbeitsprogramms 2012 im Dezember 2011 im schriftlichen Verfahren beantragt.
- Die Arbeitsgruppe des Vorstands zu den Verwaltungskosten der ETF wurde eingerichtet und trat am 28. März in Turin und am 30. Mai in Brüssel zu Sitzungen zusammen; die Ergebnisse werden unter Tagesordnungspunkt 9 vorgestellt.
- Der Ablauf der Vorstandssitzung wurde dahingehend angepasst, dass die Vorstellung und Diskussion von Dokumenten *zur Annahme* vor der informellen Zusammenkunft stattfinden kann; die mündlichen Berichte wurden am Nachmittag angesetzt.
- Die ETF hat die Präsentationen zu den Dokumenten zur Annahme drei Tage vor der Sitzung zugänglich gemacht.

Zu folgenden Punkten wurden schriftliche Verfahren durchgeführt:

ETF-Mittelübertragungen 2011, eingeleitet am 1.12.2011 und erfolgreich abgeschlossen am 13.12.2011;

- Änderungen am ETF-Arbeitsprogramm 2012 und -Haushaltsplan 2012, eingeleitet am 15.12.2011 und erfolgreich abgeschlossen am 22.12.2011;
- Änderungen am ETF-Arbeitsprogramm 2012 in Bezug auf Libyen, eingeleitet am 1.3.2012 und erfolgreich abgeschlossen am 9.3.2012.

## 4. Externe Bewertung der ETF

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss über die externe Bewertung der ETF sowie der von der ETF erstellte Aktionsplan den Vorstandsmitgliedern am 1. Juni zugesandt wurden. In ihren Schlussfolgerungen äußerte die Kommission, dass die ETF innerhalb des Rahmens der EU-Außenbeziehungen einen wichtigen Beitrag als Kompetenzzentrum in allen vier Bereichen ihres Mandats leistet.

Dem Vorsitzenden zufolge gab die Kommission folgende Empfehlungen: i) die ETF sollte offensiver an die Verbreitung von Informationen an relativ neue Akteure herangehen; ii) im Bereich Kapazitätenaufbau sollte die ETF eng mit Partnerländern zusammenarbeiten, um die Kapazitäten zu verbessern und die Identifikation der Partnerländer mit dem Politikprozess zu erhöhen; und iii) die Schwerpunktlegung der ETF auf den Ausbau regionaler Netzwerke sollte weiter gestärkt werden.

Der Vorsitzende hebt zudem hervor, dass die Kommission die positive Einschätzung des Bewerbers zu Mehrwert und Kosteneffizienz der ETF teile, vor allem in Anbetracht ihres breit gefassten Mandats und großen geografischen Reichweite, und er fordert die Mitglieder des Vorstands auf, den vorgeschlagenen Aktionsplan zu analysieren und zu diskutieren.

**Madlen Serban**, ETF-Direktorin, erwähnt, dass die externe Bewertung für den Zeitraum 2006-2010 durchgeführt wurde und die ETF seit 2006 die Art und Weise ihrer Kommunikation nicht nur mit den staatlichen Einrichtungen, sondern auch mit anderen Akteuren aus den Partnerländern verändert

habe. Im Bericht werde die ETF als stärkste Institution dargestellt, die auf regionaler Ebene tätig ist, und in dieser Hinsicht wolle sie ihre Bemühungen um die Aufrechterhaltung und den Ausbau der Zusammenarbeit auf regionaler Ebene verstärken. Die Empfehlungen der Bewertung wurden bei der Erarbeitung des Entwurfs des Arbeitsprogramms für 2013 berücksichtigt, und Madlen Serban nennt einige Beispiele: das Programm „1+1“ für den südlichen Mittelmeerraum, die Projekte zur Multilevel-Governance mit den verschiedensten Akteuren, das langfristige Engagement der ETF und die breit angelegte Konsultation mit Akteuren bei der Formulierung von Vorschlägen für die Zusammenarbeit, der umfassende Rahmen für leistungsbezogenes Management usw.

**Ingrid Müller-Roosen (Deutschland)** würdigt den Bericht und betont, dass in letzter Zeit Verbesserungen bei den Tätigkeiten und bei den Zielsetzungen zu verzeichnen seien, einschließlich einer offensiveren Kommunikation.

**Maurice Mezel (Frankreich)** begrüßt den positiven Inhalt der Bewertung und verweist auf die Bemühungen der ETF, sich unter den unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der Partnerländer neuen Themen und Partnern zu öffnen.

**Micheline Scheys (Belgien)** fragt, wie die ETF die Sozialpartner und die Jugendlichen in ihre Tätigkeiten einbindet. **Madlen Serban (ETF)** erläutert, dass die ETF nach reiflicher Überlegung ein Projekt zum Thema Governance auf den Weg gebracht habe. Im Rahmen des Turin-Prozesses 2012 werde auch eine Palette von Rollen und Aufgaben auf der Grundlage von Funktionen untersucht. Dabei begann die ETF mit einer eingehenden Analyse der Einbindung der Sozialpartner in den Entscheidungsprozess in sechs Partnerländern. Die Ergebnisse wurden auf der mit dem Ausschuss der Regionen und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss organisierten Unternehmensveranstaltung am 31. Mai/1. Juni in Brüssel verbreitet. Das Arbeitsprogramm 2013 zeige eine Verlagerung Richtung Kapazitätenaufbau, wobei die Sozialpartner dazu befähigt werden sollen, als zuverlässige Partner für die Regierungen zu agieren. Was die Jugend betrifft, werde von der ETF mit Unterstützung in diesem Bereich tätiger NRO, darunter des Europäischen Jugendforums, ein Forum für junge Führungspersonlichkeiten aus dem Mittelmeerraum organisiert. Außerdem arbeite die ETF mit der GD EAC und ihrem jugendpolitischen Referat zusammen.

**Frédérique Rychener (GD EMPL)** signalisiert das Interesse der GD EMPL an einer engen Zusammenarbeit mit der ETF in Bezug auf die Sozialpartner und empfahl eine Verknüpfung der Projekte mit den von den europäischen Sozialpartnern in den Westbalkanländern und in den Nachbarschaftsregionen entwickelten Projekten unter Berücksichtigung dessen, was die ILO in diesem Bereich unternimmt. **Madlen Serban (ETF)** bemerkt, dass die ETF eng mit den EU-Mitgliedstaaten, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und internationalen Organisationen zusammenarbeite. Letztere (einschließlich der ILO) gehörten zum Beirat des Projekts. ILO-Maßnahmen seien mehr mit Unternehmen verbunden, und die ILO sei nicht im Bereich der beruflichen Erstausbildung tätig, während das ETF-Projekt darauf abziele, die Sozialpartner zur Mitwirkung bei der beruflichen Erstausbildung zu befähigen. Sie dankt zudem dem französischen Mitglied für die Schilderung von ETF-Aktivitäten auf einer Zusammenkunft in Brüssel im Februar mit Beamten aus EU-Mitgliedstaaten und aus Ländern der Union für das Mittelmeer.

**Rosario Esteban (Spanien)** beglückwünscht die ETF zu dem Bericht und zu der Initiative, eine Bestandsaufnahme der Rollen und Aufgaben in den Partnerländern und der Art und Weise der Einbindung der Sozialpartner vorzunehmen. Sie unterstreicht die Notwendigkeit der Beteiligung der Zivilgesellschaft sowie die Bedeutung der beruflichen Aus- und Weiterbildung als Motor für die künftige Entwicklung.

Auf den Aktionsplan der ETF wird nicht eingegangen.

## 5. Tätigkeitsbericht 2011 und Tätigkeitsbericht 2011 – Analyse und Bewertung

**Madlen Serban (ETF)** und **Shawn Mendes (ETF)** stellen den Tätigkeitsbericht 2011 vor.

Der Tätigkeitsbericht ist ein wesentlicher Bestandteil des strategischen Planungs- und Programmplanungszyklus an der ETF und dient dreierlei Zwecken: i) er nimmt die Erfüllung der wichtigsten politischen Ziele und der Kerntätigkeiten unter die Lupe; ii) er ist ein Managementbericht der Direktorin an den Vorstand und er enthält iii) eine *Zuverlässigkeitserklärung*, in der die Direktorin erklärt, dass der Bericht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt, und die Rechtmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit und solide Finanzverwaltung bei allen Finanzvorgängen unter ihrer Verantwortlichkeit sowie die vollständige Angabe wichtiger Informationen bestätigt.

Die Gliederung des Berichts wird vom Generalsekretariat der Kommission wie folgt angegeben: i) Teil I: Durchführung des Arbeitsprogramms, ii) Teil II: Governance, Managementüberwachung, Kontrolle und interne Kontrollstandards, iii) Teil III: Bausteine für die Zuverlässigkeitserklärung, iv) Teil IV: Zuverlässigkeitserklärung und Anhänge.

**Madlen Serban (ETF)** führt an, dass aus diesem Anlass verteilte „Blickpunkte“ den Tätigkeitsbericht ergänzen und mehr Informationen zu den entsprechenden operativen Tätigkeiten vermitteln.

Die im Tätigkeitsbericht dargelegten Informationen widerspiegeln die Art und Weise, wie die Arbeit entsprechend der funktionalen, der geografischen und der thematischen Dimension organisiert ist. Im Arbeitsprogramm war die Erbringung von 149 organisationsinternen Leistungen vorgesehen. Nach Regionen wurden die organisationsinternen Leistungen wie folgt erbracht: i) Erweiterungsregion: 48 gegenüber 49 geplanten; ii) Südlicher Mittelmeerraum: 32 erzielt, wie geplant; iii) Osteuropa: 29 erzielt gegenüber 26 geplanten; und iv) Zentralasien: 22 gegenüber 20 geplanten. Die Erbringung der organisationsinternen Leistungen wurde auch nach Aufgaben dargestellt.

In Sachen Erfolge und Kosteneffizienz waren die Tätigkeiten der ETF von Belang, wie aus dem Turin-Prozess und der Erhebung zur Interessengruppenzufriedenheit hervorging. Reaktionsfähigkeit und Anpassbarkeit zeigten sich darin, dass 18 neue Leistungen angefordert und 14 gestrichen wurden; die Effektivität konnte durch die Erbringung der geplanten Zahl der organisationsinternen Leistungen unter Beweis gestellt werden. Zur Verbesserung der Qualität entwickelte die ETF einen Rahmen für leistungsbezogenes Management. Als Reaktion auf ein Audit der Kosten für organisationsinterne Leistungen begann die ETF 2011 mit der Kalkulierung der Leistungen. Dabei waren die durchschnittlichen Kosten nach Regionen relativ ähnlich und bewegten sich zwischen 136 628 EUR je organisationsinterner Leistung im südlichen Mittelmeerraum und 111 206 EUR in der Erweiterungsregion. Wie erwartet, liegen die durchschnittlichen Kosten je organisationsinterner Leistung für breiter gefasste Bereiche wie Entwicklung von themenbezogenem Fachwissen (164 334 EUR) und vor allem faktengestützte Politikgestaltung (437 692 EUR) höher.

Es wurden einige konkrete Beispiele für Tätigkeiten nach Regionen vorgestellt:

- i. Soziale Integration durch allgemeine und berufliche Bildung: In der Erweiterungsregion wurde ein Netz von rund 120 Sachverständigen und Beamten zur Überwindung der sozialen Ausgrenzung eingerichtet. Dieses regionale Netz entstand auf ein Ersuchen der GD Erweiterung hin, bei dem es um die Förderung eines IPA-Mehrländerprojekts für die integrative Bildung ging.
- ii. In Tunesien stimmte die ETF ihre Unterstützung nach der Revolution auf die Prioritäten der tunesischen Übergangsregierung ab (Kapazitätsaufbau im Bereich Beschäftigung).
- iii. Im Rahmen des Projekts zur Bewertung der Politik in Bezug auf kleine und mittlere Unternehmen in Osteuropa baute die ETF in Zusammenarbeit mit der GD Unternehmen und Industrie, der OECD und der EBWE Kapazitäten zur Selbstbewertung auf und bewertete Strategien und deren

Umsetzung in den Bereichen unternehmerisches Lernen und unternehmerische Fähigkeiten. Die Erkenntnisse werden 2012 in einem KMU-Bericht zur Östlichen Partnerschaft veröffentlicht.

- iv. Beim Projekt „Regionalpolitischer Dialog zur Berufsbildung in Zentralasien“ unterstützte die ETF Schulen in allen fünf Ländern der Region, um die Qualität zu verbessern und die entsprechenden Interessengruppen in den Lernprozess einzubinden. Dies trägt zu einer größeren Attraktivität der Berufsbildung im Schulentwicklungsprojekt bei und fördert den Aufbau von Beziehungen zwischen Bildung und Wirtschaft.

Die Turin-Erklärung vom Mai 2011 war ein wichtiger Schritt nach vorn bei der faktengestützten Politikgestaltung. Darin erkannten die politischen Entscheidungsträger in den Partnerländern, die EU und die internationale Gemeinschaft den Wert einer strukturierten Datengrundlage für politische Entscheidungen. Im Vordergrund der Entwicklung von themenbezogenem Fachwissen stand die Verbreitung von Erfahrungen im Bereich Qualifikationen. Die (im Oktober 2011 eingeführte) Qualifikationsplattform trägt zur gemeinsamen Nutzung und zur Verbreitung von Fachwissen bei und unterstützt die an den Qualifikationsreformen Beteiligten, indem eine Plattform für vernetztes Arbeiten und den Austausch von Informationen bereitgestellt wird. Einen Beitrag dazu leisteten auch die ETF-Qualifikationskonferenz beim Europäischen Parlament sowie eine Studie zur Umsetzung von Qualifikationsrahmen in 10 ETF-Partnerländern.

Teil II des Berichts beleuchtete die folgenden Elemente der Ausführung des Haushaltsplans: eine Mittelbindungsrate von 99,7 %, ein Auszahlungsanteil von 86,8 %, eine Auszahlungsquote von 99,76 % und nur 12 Mittelübertragungen. Insgesamt 13,1 % der 2011 gebundenen Beträge wurden vorgetragen. Im Bereich der Auftragsvergabe wurden neun Ausschreibungsverfahren aufgehoben und 38 Verträge vergeben; 104 Verträge waren am 31. Dezember 2011 in Kraft. Am 31. Dezember waren 125 Mitarbeiter beschäftigt.

Teil III beschreibt die Bausteine der von der Direktorin abgegebenen Zuverlässigkeitserklärung (Bewertung durch das Management, Ergebnisse der Audits, Überwachung und Evaluierung sowie Nachverfolgung von Aktionsplänen für Audits aus den Vorjahren). In diesem Abschnitt sind auch die Kontrollverfahren beschrieben, die die notwendige Sicherheit bezüglich der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrundeliegenden Vorgänge bieten. Die ETF hat keine Vorbehalte für das Jahr 2011 zu melden.

Teil IV bezieht sich auf die Zuverlässigkeitserklärung der Direktorin. Die in dem Bericht enthaltenen Informationen bieten der Direktorin angemessene Gewähr dafür, dass die der ETF im Jahr 2011 zugewiesenen Mittel zweckgemäß und in Einklang mit den Grundsätzen wirtschaftlicher Haushaltsführung verwendet wurden und dass die eingesetzten Kontrollverfahren die notwendige Sicherheit bezüglich der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrundeliegenden Vorgänge bieten.

Der Vorsitzende **Jan Truszczyński** beglückwünscht die ETF zur sehr guten Ausführung des Haushalts.

**Micheline Scheys (Belgien)** gratuliert der ETF zu dem sehr guten Bericht und zu dem „Highlights“-Dokument mit weiteren Einzelheiten. Sie schlägt einen Ausbau der Zusammenarbeit mit Cedefop vor, auch wenn **Madlen Serban (ETF)** erklärt, dass die Kooperation bereits an die Grenzen der Ressourcen beider Agenturen stoße. Dennoch werde, wo immer es möglich ist, nach gegenseitiger Ergänzung gesucht, wie im Fall des Kopenhagen-Brügge-Berichts, bei dem die ETF die Kandidatenländer unterstützt.

**Jan Andersson (unabhängiger Sachverständiger des Europäischen Parlaments)** beglückwünscht die ETF zu dem Bericht und zu den guten Leistungen bei allen Aspekten ihrer Tätigkeiten. Er teilt mit, dass er die Informationen an Jutta Haug, MdEP, für die EU-Agenturen zuständiges Mitglied des Haushaltsausschusses, weitergegeben habe.

**Ingrid Müller-Roosen (Deutschland)** würdigt die ausgezeichnete Ausführung des Haushalts, die vollständige Ausschöpfung der verfügbaren Haushaltsmittel und die hervorragende Leistung der ETF. Die in den Partnerländern entwickelten Tätigkeiten waren beeindruckend. Sie teilt mit, dass im Dezember 2011 eine Zusammenkunft in Bonn zur Festlegung von Bereichen der Zusammenarbeit veranstaltet wurde.

**Miriam Brewka Pino (EEAS)** dankt der ETF für ihre Reaktions- und Anpassungsfähigkeit, was die Tätigkeiten in den Ländern der Nachbarschaftsregionen, besonders der Nachbarschaftsregion Süd, betrifft. Die rasche Reaktion der ETF zeigte sich im Falle Libyens. Sie lobt den Bericht aus Sicht der Kommunikation.

**Antonio Silva Mendes (GD EAC)** ersucht um Klarstellung zu organisationsinternen Leistungen und zum Umgang der ETF mit zusätzlichen Anfragen. **Madlen Serban (ETF)** erläutert, dass der Haushalt die Erbringung einer Reihe von Leistungen verlange, die sich im Laufe des Jahres aufgrund der politischen Situation und der Aufnahmekapazitäten in den Partnerländern sowie der EU-Prioritäten ändern können. Was zusätzliche Anfragen betreffe, so können diese von den Dienststellen der Kommission (in diesem Fall wird die GD EAC informiert) oder von den Partnerländern kommen, wie im Fall Marokkos, das die ETF um Unterstützung im Bereich Beschäftigung ersuchte. Die Tätigkeiten des Arbeitsprogramms seien, wie erwähnt, an Prioritäten orientiert, und die ETF sollte bei der Bearbeitung der zusätzlichen Anträge negative Prioritäten berücksichtigen.

**Liliana Preoteasa (Rumänien)** gratuliert der ETF zu der hervorragenden Arbeit in dem schwierigen wirtschaftlichen und politischen Umfeld der Partnerländer. Sie merkt an, dass die Ausführung des Haushalts ebenso beeindruckend ist wie die Einbeziehung der Vertreter der Partnerländer in verschiedene Tätigkeiten. Außerdem würdigt sie den neuen Kommunikationsstil, wie er im Bericht verwendet wird.

**Yngve Engström (GD Erweiterung)** erwähnt die gute Zusammenarbeit mit der ETF im Jahr 2011 und die sehr gute Unterstützung für die GD Erweiterung bei den Programmplanungstätigkeiten, einschließlich der Aufstellung des Programms für integrative Bildung in den westlichen Balkanländern.

**Torben Kornbech Rasmussen (Dänemark)** schlägt eine zweiseitige Zusammenfassung des Dokuments vor.

**Hanna Dam (Dänemark)** stellt im Namen der EU-Ratspräsidentschaft den Tätigkeitsbericht – Analyse und Bewertung vor. Wie sie erklärt, begrüßte der Vorstand die effiziente Haushaltsführung im Jahr 2011, mit deren Hilfe sich der bereits 2009 und 2010 zu beobachtende positive Trend fortsetzen ließ, eine vollständige Ausschöpfung der Mittel zu erreichen, die der ETF zur Verfügung stehen. Daher musste nur ein nicht in Anspruch genommener Betrag in Höhe von 0,1 Mio. EUR (0,5 %) für Tätigkeiten im Jahr 2011 an die Europäische Kommission rückerstattet werden, was hauptsächlich auf die Aufhebung von Mittelbindungen für Mittel zurückzuführen war, die im Laufe des Jahres auf das folgende Haushaltsjahr übertragen wurden. Der Vorstand erkannte zudem an, dass die ETF keine Vorbehalte oder kritischen Punkte für das Jahr 2011 zu melden hat.

Sie hebt hervor, dass die in dem Bericht enthaltenen Informationen dem Vorstand angemessene Gewähr dafür bieten, dass die zugewiesenen Mittel zweckgemäß und in Einklang mit den Grundsätzen wirtschaftlicher Haushaltsführung verwendet wurden und dass die eingesetzten Kontrollverfahren die notwendige Sicherheit bezüglich der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrundeliegenden Vorgänge bieten.

**Unter Berücksichtigung der obigen Analyse und Bewertung nimmt der Vorstand den ETF-Jahresbericht 2011 und den ETF-Jahresbericht – Analyse und Bewertung an und ersucht darum, dass dieser an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, die Europäische Kommission, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Rechnungshof weitergeleitet wird.**

## 6. ETF-Jahresabschluss 2011

**Martine Smit (ETF)**, vom Vorstand 1999 zur Rechnungsführerin ernannt, stellt den Jahresabschluss 2011 vor.

Die Vorstandsmitglieder nehmen den Jahresabschluss entgegen, der gemäß Titel VII der Finanzregelung erstellt und vorgelegt wird. Die angewandten Standards sind mit denen identisch, die von der Europäischen Kommission und anderen EU-Organen angewandt werden. Der Abschluss wurde vom Rechnungshof geprüft, und die vorläufige Stellungnahme ging am 14. Juni 2012 ein. Aus dieser Stellungnahme geht hervor, dass der Jahresabschluss der ETF in allen wesentlichen Punkten ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Finanzlage zum 31. Dezember 2011 sowie der Ergebnisse der Vorgänge und Cashflows für das Haushaltsjahr im Einklang mit der Finanzregelung der Stiftung vermittelt. Die Stellungnahme des Rechnungshofs bildet die Grundlage für die Erteilung der Haushaltsentlastung durch das Europäische Parlament.

Für den Jahresabschluss ist zudem eine Bescheinigung durch die Rechnungsführerin, eine Erklärung der Direktorin sowie deren Ausdruck des Vertrauens in die Kontrollverfahren und Vorgänge der ETF, wie sie im Tätigkeitsbericht 2011 enthalten sind, sowie eine Stellungnahme des Vorstands erforderlich.

Folgende Grundsätze werden angewandt: i) für die Finanzbuchführung – periodengerechte Aufwands- und Ertragsrechnung<sup>1</sup>, von der ETF seit 2005 angewandt; und ii) für die Ausführung des Haushaltsplans – die Verbuchung zum Zahlungszeitpunkt<sup>2</sup>. Im Vergleich zu 2010 brachte die ETF nahezu den gleichen Anteil der verfügbaren Zahlungsermächtigungen zur Ausführung. Das wirtschaftliche Ergebnis weist einen Gewinn aus, stellt jedoch lediglich ein Ergebnis auf dem Papier dar und enthält alle möglichen bevorstehenden Veranstaltungen; es handelt sich nicht um den an die Kommission zurückzuzahlenden Betrag.

*Veränderung des Eigenkapitalbestands.* Die einzige Veränderung des Eigenkapitalbestands bei der ETF ist das wirtschaftliche Ergebnis. Dieses Ergebnis führt zu einer Änderung der Vermögensübersicht.

*Vermögensübersicht.* Gegenüber 2010 sind keine nennenswerten Unterschiede zu verzeichnen. Der Gesamtwert der Vermögensübersicht weist einen geringen Rückgang auf, der vor allem auf den Rückgang der Kassenmitteläquivalente aufgrund einer überaus knappen Finanzprognose zurückzuführen ist.

*Kapitalfluss:* Die ETF hat ihre Kassenmittel weiterhin streng überwacht, was zu einem hohen Anteil von Zahlungsanteil und zu einem kontinuierlichen Rückgang in Bezug auf die Kassensituation führte.

Der Haushalt besteht aus Verpflichtungs- und Zahlungsermächtigungen. Bei Verpflichtungsermächtigungen handelt es sich um rechtliche Haushaltsverpflichtungen. Die zweckgebundenen Mittel bestehen aus Folgendem: i) wiederzuverwendende Mittel für Titel 1, 2 und 3 durch Wiedereinziehung von Ausgabemitteln, ii) Italienischer Treuhandfonds - italienisches Außenministerium und iii) für die ETE-MED-Vereinbarung endete der Mittelbindungszeitraum am 31. Dezember 2009. Daher standen keine Mittel für Ermächtigungen zur Verfügung.

Für den ETF-Zuschuss lagen die Mittelbindungen im Vergleich zu 2010 etwas niedriger (2011: 99,69 %, 2010: 99,87 %).

---

<sup>1</sup> Die periodengerechte Aufwands- und Ertragsrechnung ist ein Rechnungslegungsverfahren, bei dem Geschäftsvorgänge und andere Vorfälle zum Zeitpunkt ihres Eintretens erfasst werden, und nicht erst zum Zeitpunkt der tatsächlichen Zahlung oder des Eingangs von Kassenmitteln oder Kassenmitteläquivalenten.

<sup>2</sup> Bei der Verbuchung zum Zahlungszeitpunkt werden die Mittelflüsse zugrunde gelegt, d. h. Geschäftsvorgänge werden erfasst werden, wenn Zahlungsmittel empfangen oder bezahlt werden.

Das Haushaltsergebnis basiert auf den zur Zahlung verfügbaren Mitteln und auf den eingegangenen Mitteln sowie der Ausführung der zur Zahlung verfügbaren Mittel.

Der Haushalt setzt sich aus verfügbaren Mittelbindungen und zur Zahlung verfügbaren Mitteln zusammen. Die Mittelbindungen entsprechen den geplanten Tätigkeiten und dem Arbeitsprogramm, und die zur Zahlung verfügbaren Mittel dem tatsächlich verfügbaren Betrag für die Zahlung der Mittelbindungen. Die Berichtigungen repräsentieren die in Bezug auf zweckgebundene Mittel von 2010 nach 2011 übertragenen zur Zahlung verfügbaren Mittel, verfallene Zahlungsermächtigungen in Bezug auf Überträge von 2010 sowie Wechselkursdifferenzen. Das Endergebnis stellt den an die Kommission zurückzuzahlenden Betrag dar und bezieht sich auf den ETF-Zuschuss. Der aus dem verfügbaren Guthaben ausgezahlte Anteil beträgt 96,01 %. Einnahmen insgesamt: 19 940 342,09 EUR; Ausgaben insgesamt: 20 424 401,80; Ergebnis vor Berichtigung: - /+484 059,71 EUR. Berichtigungen: 601 746,29 EUR, Endergebnis somit: 117 686,58 EUR.

Die Mittelbindungen für zweckgebundene Ausgaben werden wie beim ETF-Zuschuss nach Kalenderjahr berechnet; da es sich aber um mehrjährige Ausgaben handelt, stellt die Höhe der Mittelbindung keinen Indikator für die Effizienz dar.

Ende Dezember 2011 nahm die ETF das neue Modul ABAC Assets im Rahmen der Finanzsysteme ABAC und SAP in Betrieb. Im Jahr 2011 wurden nach einer gründlichen Bereinigung sämtliche Bestandsposten in dieses neue System übertragen. Der Regelung zufolge sind Zinserträge im Zusammenhang mit dem ETF-Zuschuss an die Europäische Kommission zurückzuzahlen. Bei allen anderen zweckgebundenen Ausgaben ist die jeweilige Einzelvereinbarung zugrunde zu legen. Im Jahr 2011 verzeichnete die ETF Zinserträge in Höhe von 59 384,14 EUR (48 277,59 EUR aus dem ETF-Zuschuss, 2 805,14 EUR aus dem Italienischen Treuhandfonds und 8 301,41 EUR aus ETE MED).

Nur 2 805,14 EUR sind zur Verwendung 2012 erlaubt, der Rest wird an die Europäische Kommission rücküberwiesen.

**Alastair Macphail (ETF)** stellt den Bericht des Rechnungshofs vor. Aus der Zuverlässigkeitserklärung geht hervor, dass der ETF-Jahresabschluss in allen wesentlichen Punkten ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Finanzlage der ETF zum 31. Dezember 2011 vermittelt. Die dem Jahresabschluss zugrunde liegenden Vorgänge sind in allen wesentlichen Punkten rechtmäßig und ordnungsgemäß.

Der Bericht enthielt folgende Bemerkungen:

- Die ETF hat noch kein Verfahren für die Kassenmittelverwaltung angenommen und umgesetzt, um das finanzielle Risiko zu minimieren und zu streuen und gleichzeitig angemessene Renditen anzustreben. Die Kontoführung erfolgt bei einer Bank, die nicht mehr über das von der Kommission angegebene Mindestrating verfügt. Die ETF hat sich nunmehr dazu verpflichtet, ein geeignetes Verfahren zur Überwachung der Bankratings, zur Streuung des finanziellen Risikos und zur Sicherung angemessener Renditen für Kassenmittel einzuführen.
- Der Rechnungshof fand 64 Verträge im Gesamtwert von 2 Mio. EUR, die vom Auftragnehmer nicht gegengezeichnet waren und somit Rechtsunsicherheit bewirkten. Die Bemerkung bezieht sich auf Bestellungen entsprechend einem Rahmenvertrag, verwaltet über ein IKT-Arbeitsablaufsystem, das die elektronische Annahme von Bestellungen durch den Auftragnehmer vorsah. Künftig werden alle Bestellungen im Rahmen dieses Vertrages vom Lieferanten auch physisch gegengezeichnet.
- Gebäudewartung und grundlegende Versorgungsleistungen wie Wärme, Wasser und Strom sind für die Räumlichkeiten der ETF nicht mehr sichergestellt, da das für die Gebäudeverwaltung zuständige Konsortium im November 2011 Konkurs anmeldete. Die Lage um die Räumlichkeiten ist unzulänglich und birgt das Risiko einer Beeinträchtigung der



Tätigkeiten. Die ETF gab zu verstehen, dass sie auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene in Italien sowie über ihren Vorstand und die Europäische Kommission alles unternimmt, was möglich ist, um für die Unterbringung wieder eine langfristige Perspektive, wie im Sitzabkommen vorgesehen, zu sichern.

- Die ETF muss die Transparenz ihrer Einstellungsverfahren verbessern. Die Mindestpunktzahl für die Zulassung zu Auswahlgesprächen und schriftlichen Tests wurde nicht im Voraus bestimmt, und Fragen für mündliche und schriftliche Tests wurden nicht festgelegt, bevor die Prüfung durch die Auswahlkommissionen erfolgte. Die ETF hat ihr Auswahlverfahren geändert und eine generelle Mindestpunktzahl von 70 % für die gesamte Auswahl festgelegt. Im Auswahlverfahren ist vorgesehen, dass die Festlegung der Fragen für Tests und Auswahlgespräche erfolgt, bevor die Lebensläufe an die Auswahlkommission verteilt werden.

Die ETF wird in ihrer Reaktion auf den Bericht des Europäischen Rechnungshofes auf die tatsächliche Situation hinweisen, die sich in einigen Fällen weitaus besser darstellt als die im Bericht enthaltenen Feststellungen.

**Torben Kornbech Rasmussen (Dänemark)** äußert im Namen der EU-Ratspräsidentschaft, dass der Vorstand die hinreichende Zusicherung erlangt hat, dass der Jahresabschluss 2011 zuverlässig ist und dass die ihm zugrunde liegenden Vorgänge insgesamt rechtmäßig und ordnungsgemäß sind.

**Der Vorstand genehmigt den ETF-Jahresabschluss 2011 einstimmig und gibt eine positive Stellungnahme zum Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2011 ab.**

## 7. Berichtigungshaushaltsplan 2012

**Alastair Macphail (ETF)** gibt Hintergrundinformationen zum Berichtigungshaushaltsplan 2012:

- Die zweckgebundenen Einnahmen und eine geringe Erhöhung des Zuschusses müssen aufgenommen werden.
- Der Zuschuss, den die ETF von der Europäischen Kommission erhält, wird um 100 000 EUR erhöht.
- Neben dem aus früheren Haushaltsjahren verfügbaren Betrag von 133 009,74 EUR werden die aufgelaufenen Zinsen für die der ETF vom italienischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten zugewiesenen Mittel (2 805,14 EUR) berücksichtigt.
- 248 467,46 EUR entsprechen den nicht ausgegebenen Mitteln im Rahmen des (von der ETF zwischen 2005 und 2009 verwalteten) Projekts MEDA-ETE, die der Kommission im Januar 2012 erstattet wurden, aber im Haushaltsplan 2012 aufgeführt sein müssen.

Der Berichtigungshaushaltsplan führt zu höheren Ausgaben in Titel III wie folgt: i) 20 000 EUR für die Unternehmenskonferenz „Towards Excellence in Entrepreneurship and Enterprise Skills“ (Exzellenzorientierung im Unternehmertum und unternehmerische Fähigkeiten), 14.-16. November 2012; ii) 32 000 EUR für „Curriculum reform in Georgia: Lessons learned“ (Lehrplanreform in Georgien: gewonnene Erfahrungen) (15 000 EUR) und Ausweitung des regionalen Treffens zur Sozialpartnerschaft im südlichen und östlichen Mittelmeerraum (SEMED) (17 000 EUR); iii) 16 300 EUR für eine Studie zu den Verfahren und Programmen für die Wiedereingliederung von zurückkehrenden Migranten in den Nachbarschaftsregionen; iv) 21 700 EUR für die Regionalveranstaltung „New Challenges for Skills development in the Arab States of the Southern and Eastern Mediterranean“ (Neue Herausforderungen für die Entwicklung von Qualifikationen in den arabischen Staaten im südlichen und östlichen Mittelmeerraum), 25.-27. September in Jordanien, Tätigkeiten im Rahmen der Torinet-Initiative in Tunesien, Organisation einer Sachverständigensitzung

zu den Auswirkungen des Kapazitätsaufbaus; und v) 10 000 EUR für Dienstreisen in Zusammenhang mit zusätzlichen Tätigkeiten in den Partnerländern.

**Maurice Mezel (Frankreich)** fragt, warum der Betrag von 248 467,46 EUR von der ETF im MEDA-ETE-Projekt nicht eingesetzt wurde. **Madlen Serban (ETF)** führt an, dass der Betrag, der auch Zinserträge enthalte, das Ergebnis des Audits war. Im Umsetzungszeitraum (2005-2009) sei es zu einer Reihe von Verwaltungsproblemen gekommen, die sich auf den Mittelverbrauch auswirkten.

Der Vorstand nimmt den Berichtigungshaushaltsplan einstimmig an.

## 8. Mündliche Berichte

Es erfolgen Präsentationen zu den Maßnahmen und Programmen der Kommission, die Auswirkungen auf die ETF haben, zu Trends und Entwicklungen bei der ETF sowie über aktuelle Informationen zur dänischen EU-Ratspräsidentschaft und zum Programm für die Ratspräsidentschaft Zyperns.

Die wichtigsten Aspekte der Präsentationen sind im Anhang aufgeführt.

## 9. Entwurf des Arbeitsprogramms 2013

**Madlen Serban** und **Xavier Matheu** stellen den Entwurf des ETF-Arbeitsprogramms vor.

Die Europäische Kommission wird ihre Stellungnahme zum ersten Entwurf des Arbeitsprogramms 2013 erarbeiten. Das aktualisierte Dokument wird auf der Sitzung der Arbeitsgruppe des Vorstands am 11. September in Turin und beim strukturierten Dialog mit den Dienststellen der Europäischen Kommission Anfang Oktober vorgelegt. Der zweite Entwurf wird im Vorstandsbereich mit eingeschränktem Zugang veröffentlicht und diskutiert und zur Annahme auf der ETF-Sitzung im November vorgeschlagen.

Die Gliederung des Arbeitsprogrammendrucks ist wie folgt: Ziele und thematische Prioritäten 2013, politischer Kontext, Tätigkeiten, die einen Beitrag zur Entwicklung des Humankapitals leisten, Ressourcenmanagement, Governance und Verwaltung.

Dem Arbeitsprogramm 2013 liegen folgende Annahmen zugrunde: Der Zuschuss der Europäischen Kommission für die ETF beläuft sich im Jahr 2013 auf 20 144 500 EUR, für das Jahr 2013 sind insgesamt 135 Stellen vorgesehen, und im Jahr 2013 stehen insgesamt 129,5 Vollzeitäquivalente zur Verfügung.

Die Hauptziele für 2013 lauten: Stärkung der ganzheitlichen, faktengestützten Analyse der Berufsbildungsreform in Partnerländern durch den Turin-Prozess; Stärkung der Kapazität der Partnerländer zur Entwicklung und Anwendung von Instrumenten für die faktengestützte Politikgestaltung; Verbesserung der Arbeitsmarktanalysen und der Prognosen sowie Förderung einer entsprechenden Überprüfung der Berufsbildungssysteme; Unterstützung des Programmzyklus für die außenpolitischen Instrumente der EU und gegebenenfalls der externen Dimension interner Maßnahmen; Verbreitung relevanter Informationen über Fragen der Humankapitalentwicklung sowie Förderung des Austauschs einschlägiger Erfahrungen und bewährter Verfahren zwischen der EU und den Partnerländern sowie unter den Partnerländern.

Für 2013 sind insgesamt 144 Leistungen geplant, und die Tätigkeiten der ETF werden auf Regional- und Landesebene beschrieben. In jedem Partnerland wird in einem Umsetzungsprogramm nach der Annahme des Arbeitsprogramms im Einzelnen festgelegt, wie die Umsetzung in die Praxis erfolgt. Auf Länder- und Regionalebene bieten der Turin-Prozess, die Arbeit der ETF und ein kontinuierlicher Dialog mit wichtigen Akteuren 2012 die Informationsgrundlage für die Aktivitäten der ETF. Auf der

Basis einer Analyse der einzelnen Partnerländer befassen sich thematische Politikbereiche für schwerpunktmäßige Unterstützung mit den folgenden fünf Kriterien für die einzelnen Länder: i) Priorität bei den EU-Außenbeziehungen und Vertragsverhältnissen; ii) Priorität der Humankapitalentwicklung in den EU-Außenbeziehungen und auf regionaler Ebene; iii) Priorität für die Humankapitalentwicklung anhand dokumentierter nationaler Strategien und Maßnahmen sowie Ressourcenzusagen; iv) Engagement der Akteure für die Humankapitalentwicklung in Form ihres Beitrags zu nationalen Reformstrategien und ihrer Beteiligung daran; und v) Einbeziehung anderer Geber im Bereich Humankapital und Zusammenarbeit mit ihnen, um Überschneidungen zu vermeiden.

Was die regionalen Projekte betrifft, beabsichtigt die ETF die Fortsetzung des Projekts für integrative Bildung in der Erweiterungsregion und die Unterstützung von Maßnahmen für regionale Initiativen der EU und einen politischen Dialog. In Osteuropa wird die ETF auch weiterhin im Zusammenhang mit dem regionalen Projekt zur beruflichen Weiterbildung sowie den Mobilitätspartnerschaften tätig sein. In Zentralasien wird der Schwerpunkt auf der Initiative zur Schulentwicklung liegen, und im südlichen Mittelmeerraum richtet sich das Hauptaugenmerk auf die regionale Dimension sektoraler Qualifikationen sowie unternehmerisches Lernen und unternehmerische Fähigkeiten für KMU, wobei es speziell um die Unterstützung der Euromed-Charta, sozialer Partnerschaft, des politischen Dialogs im Rahmen der Union für den Mittelmeerraum und um die Beschäftigungslage geht.

Es werden Beispiele für länderbezogene Tätigkeiten speziell für Libyen, Aserbaidschan, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Kasachstan präsentiert.

In Bezug auf die faktengestützte Politikgestaltung plant die ETF die Fortsetzung methodischer Entwicklungen, um durch die Konsolidierung der Torinet-Netzwerke in 11 Partnerländern und die Stärkung der Kapazität der ETF zur Erfassung und Wiederabrufung des durch ihre Tätigkeiten generierten Wissens diese evidenzbasierte Politikgestaltung und das Wissensmanagement zu unterstützen.

Auf der zweiten Konferenz werden die Ergebnisse des Turin-Prozesses 2012 von allen Ländern diskutiert werden, um die strategischen Schwerpunkte für die Maßnahmen festzulegen bzw. zu validieren und ihre Vergleichbarkeit mit den kurzfristigen Zielen des Brügge-Prozesses zu ermitteln.

Im Hinblick auf themenbezogenes Fachwissen im Bereich Innovation und Lernen sind die sechs Wissensgemeinschaften, die den Entwicklungen in der EU, in den Partnerländern und auf internationaler Ebene Rechnung tragen, die im Rahmen der ETF erworbenen Kenntnisse bewahren und konsolidieren, den regionalen und Länderprojekten der ETF inhaltliche Unterstützung geben und in ihren thematischen Bereichen nach neuen Tätigkeitsfeldern suchen, unter folgenden Gesichtspunkten weiter auszugestalten: i) Qualifikationen und Qualität; ii) regionale Entwicklung und Governance; iii) nachhaltige Entwicklung; iv) Beschäftigung und Beschäftigungsfähigkeit; v) soziale Integration und vi) unternehmerisches Lernen und unternehmerische Fähigkeiten. Gleichzeitig werden drei Projekte zur Entwicklung von methodischen Instrumenten für die Länderarbeit fortgesetzt: i) Abstimmung und Antizipation von Kompetenzen; ii) Lernen in unterschiedlichen Kontexten und iii) Migration und Kompetenzen.

In den Beziehungen zu den Interessengruppen geht es vorrangig um die Weiterführung der Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments in Bezug auf die externe Dimension der EU-Maßnahmen, die Zusammenarbeit mit den anderen Agenturen, mit den EU-Mitgliedstaaten, den europäischen Sozialpartnern und internationalen Organisationen.

Die ETF hat ihren Rahmen für das Leistungsmanagement fertiggestellt, was zur Stärkung der Rechenschaftspflicht und Transparenz und zur Verbesserung der Leistungen beiträgt.

Ähnlich wie in den Vorjahren orientiert sich auch der Entwurf des Arbeitsprogramms 2013 an bestimmten Grundsätzen. Planung und Verwaltung der Aktivitäten zur Verwirklichung der

Zielsetzungen und für eine effiziente Nutzung der Ressourcen erfolgen auf der Grundlage einer tätigkeitsbezogenen Haushaltsplanung. Zur Überwachung der Fortschritte im Jahresverlauf anhand quantitativer und qualitativer Indikatoren wird eine Baseline festgelegt, und es werden die Hauptrisiken in Verbindung mit Tätigkeiten und Zielsetzungen ermittelt, um geeignete Abhilfemaßnahmen treffen zu können. Die Planung folgt einem Kaskadenprinzip und ist mehrdimensional (geografische, funktionale und thematische Dimension). Im Rahmen der Planung sieht die ETF für Oktober 2012 ein Arbeitstreffen mit der GIZ und anderen Akteuren vor, um über eine Verbesserung der Koordinierung zu beraten und nach Möglichkeiten der Komplementarität mit den bilateralen Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Bereich des Humankapitals in den ETF-Partnerländern zu suchen.

Das Risikomanagement wird 2012 sowohl vom Rechnungshof als auch vom internen Auditdienst geprüft werden.

**Stefania Wilkiel (Polen)** fordert, dass die Informationen bezüglich des Starts eines neuen Programms für die Länder der Östlichen Partnerschaft im November 2012 (S. 26) unter einem gesonderten Punkt aufgeführt werden. Zudem solle in dem Punkt, der sich auf die Bereiche des von der EU zusammen mit den Partnerländern der Östlichen Partnerschaft geförderten politischen Dialogs bezieht, die „Ausbildung“ genannt werden.

**Sara Parkin (vom Europäischen Parlament ernannte unabhängige Sachverständige)** erklärt, dass die auf S. 59 aufgeführten Risiken die Gleichen seien wie im Vorjahr, obwohl sich in der EU und in den Partnerländern sehr rasche Veränderungen vollzogen hätten. **Madlen Serban** antwortet, dass es hierzu in einem zweiten Entwurf Aktualisierungen geben werde, nachdem sich der interne Auditdienst während eines Besuchs vom 3. bis 6. Juli 2012 mit der Thematik des Risikomanagements befasst hat. Außerdem würden die Ergebnisse der Arbeit des ETF zum Risikomanagement zugrunde gelegt. **Der Vorsitzende** fordert zu einem Nachdenken und zu einer weiteren Diskussion über die Risiken auf, die sich der Kontrolle des ETF entziehen. Eines wären möglicherweise die Arbeitsbedingungen ab 1. Januar 2013, da es keine Rechtssicherheit in der Frage gebe, ob die ETF in der Villa Gualino verbleiben kann. Gleichzeitig dürften die Risiken nicht höher sein als von der Kommission in ihren Dokumenten festgelegt.

**Micheline Scheys (Belgien)** empfiehlt größere Klarheit im Arbeitsprogramm 2013 darüber, welche Tätigkeiten nach 2012 weitergeführt werden und wie die ETF-Tätigkeiten mit dem Politikrahmen der EU verbunden sind. Sie fordert eine gesonderte Darlegung der Tätigkeiten, die ausgehend von den Empfehlungen der externen Evaluierung entwickelt werden. Die im Ergebnis der externen Evaluierung vorgeschlagenen Maßnahmen könnten im endgültigen Entwurf Gegenstand eines Anhangs sein.

## 10. Ergebnisse der Arbeitsgruppe des Vorstands zur Analyse und Bewertung der ETF-Verwaltungskosten

Der Vorsitzende bittet **Hanna Dam (Dänemark)**, Vertreterin der dänischen Ratspräsidentschaft und Vorsitzende der Arbeitsgruppe zur Analyse und Bewertung der ETF-Verwaltungskosten, die Ergebnisse der Arbeit darzulegen. Ausgehend von den beiden Sitzungen am 28. März in Turin und am 30. Mai in Brüssel werden die folgenden Empfehlungen gegeben:

- Die Kosten künftiger Vorstandssitzungen sollten ein Gesamtbudget von 44 000 EUR nicht übersteigen, was gemäß dem Bericht des Rechnungshofs über eine vergleichende Kostenanalyse der Agenturen der Europäischen Union den durchschnittlichen Kosten der Sitzungen von Agenturvorständen im Jahr 2010 entspricht.
- Bei kleineren Posten liegt die Kostenentscheidung beim ETF-Management.

- Das Abendessen anlässlich der Vorstandssitzung wird beibehalten, da ihm eine soziale Dimension für den Informationsaustausch und die Netzwerkarbeit zukommt.
- Der Austausch von beruflichen Erfahrungen mit ETF-Mitarbeitern ist wichtig und im Verlauf des Abendessens könnte dieses berufliche Element integriert werden, sei es durch einen Vortrag zu einem speziellen Thema oder durch eine Präsentation zu wichtigen Veranstaltungen der vergangenen Monate.
- Die kulturelle Veranstaltung soll beibehalten werden, um den Mitgliedern Kontaktmöglichkeiten zu bieten. Allerdings werden die Kosten künftig von den Vorstandsmitgliedern selbst getragen. Obwohl diese Veranstaltung nur einen geringfügigen Mehrwert hat, unter sozialen und historischen Gesichtspunkten jedoch durchaus lohnenswert ist, könnten über Internet-Links in der Dokumentation Informationen zu kulturellen Veranstaltungen in Turin gegeben werden. Die ETF könnte auch mit den lokalen Behörden bestimmte Optionen sondieren.
- Vorstandssitzungen sollten am Sitz der ETF stattfinden, um Mietkosten zu vermeiden.
- Entsprechend den Richtlinien der ETF ist die Anwesenheit von Vertretern der oberen und mittleren Führungsebene sowie eines Beobachters der Personalvertretung und des Protokollführers auf den Sitzungen zulässig. Andere Mitarbeiter sind nur für die Dauer ihrer Präsentationen anwesend. Aus Platzgründen jedoch können gelegentlich auch nur Vertreter der oberen Führungsebene zugelassen werden.
- Die Verpflegungskosten werden reduziert und kostengünstigere Mittagessen bereitgestellt.
- Sitzungen sollten einen Tag dauern, weshalb nur eine Hotelübernachtung erforderlich ist. Ist jedoch der Gesamtpreis für einen Flug und zwei Hotelübernachtungen niedriger als der Preis für einen Flug und eine Hotelübernachtung, kann auch diese Variante gewählt werden.
- Voucher für ein zweites Abendessen werden nicht angeboten.
- Transferkosten werden weiterhin erstattet, da es für die Mitglieder sehr schwierig ist, sich die Taxikosten von den Institutionen in ihren Heimatländern erstatten zu lassen.
- Dolmetschleistungen werden weiterhin in fünf Sprachen angeboten, es sei denn, dass bis zum Anmeldeschluss für eine der Sprachen keine Registrierung aus den betreffenden Ländern vorliegt.
- Zur Sprachen- und Übersetzungsregelung gibt es die folgenden Schlussfolgerungen und Empfehlungen:
  - Eilübersetzungen sind weitestgehend zu vermeiden, da sie sehr teuer sind. Die Mitglieder kamen daher überein, dass die englische Fassung der Dokumente 30 Tage vor der Sitzung zur Verfügung gestellt wird, die anderen Sprachfassungen jedoch 10 Tage vor dem Sitzungstermin, wodurch die Übersetzungskosten deutlich verringert werden (möglicherweise um 25-30 %).
  - Lediglich Dokumente zur Annahme werden übersetzt.
  - Die Dokumentenlänge sollte wie folgt reduziert werden: 1) Zu umfangreichen Dokumenten werden Kurzfassungen erstellt, und nur diese werden übersetzt. Das könnte jedoch zu Verwirrungen führen, da die Mitglieder aufgefordert sind, den vollständigen Text und nicht die Zusammenfassung anzunehmen. 2) Übersetzung bei Bedarf. 3) Kürzung von Dokumenten wie dem Arbeitsprogramm und dem Jahresbericht. Beim Jahresbericht ist dies schwierig, da dessen Struktur vom Generalsekretariat vorgegeben ist und der jährlichen Entlastung dient. Vom Arbeitsprogramm sollte die ETF nur den Haupttext übersetzen und die Anhänge auf Antrag der Mitglieder, die auf der Juni-Sitzung vorzulegen sind. 4) Kürzung der Sitzungsprotokolle durch die Erfassung der mündlichen Beiträge in einem Anhang, der nicht übersetzt würde. Dadurch würde das Protokoll um rund 25 % gekürzt.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass auf den ETF-Vorstandssitzungen für 18 der Amtssprachen keine Übersetzungs- bzw. Dolmetschleistungen angeboten werden, erkennt jedoch an, dass Übersetzen und Dolmetschen ein heikles Problem darstellen.

**Torben Kornbech Rasmussen (Dänemark)** informiert darüber, dass sich die Vorstandsmitglieder auf der informellen Sitzung um einen pragmatischen Ansatz in dieser Frage bemüht hätten, der keine Änderung der Geschäftsordnung des Vorstands in Bezug auf die Sprachenregelung beinhaltet, sondern bei dem die von der Arbeitsgruppe mit Blick auf Einsparungen und Effizienzsteigerungen vorgelegten Empfehlungen umgesetzt werden.

**Maurice Mezel (Frankreich)** betont, dass ein gutes Management und keine Veränderung der Sprachenregelung notwendig sei, da die Arbeitsgruppe wichtige Empfehlungen vorgelegt habe, sowohl was die finanzielle als auch was die inhaltliche Seite betreffe. In diesem Zusammenhang schlägt er vor, dass das ETF-Management im Überblick darüber informiert, welche Einsparungen durch die Umsetzung dieser Empfehlungen erzielt wurden. Die Sprachenregelung solle nicht diskutiert werden, da er keinen offiziellen Standpunkt zum Ausdruck bringen könne.

**Karl Wieczorek (Österreich)** stellt fest, dass die Sprachenregelung gemäß der ETF-Verordnung und der Geschäftsordnung des Vorstands einstimmig angenommen werden sollte. Falls ein Antrag auf Änderung der Sprachenregelung vorgelegt werde, sei er nicht in der Lage, einen offiziellen Standpunkt zu vertreten.

**Ingrid Müller-Roosen (Deutschland)** teilt mit, dass sie dem Standpunkt Österreichs zustimme und der Meinung sei, dass die Sprachenregelung nicht geändert werden sollte.

**Micheline Scheys (Belgien)** unterstützt die Idee von einem pragmatischen Ansatz, da allen Ländern nur in sehr begrenztem Umfang Haushaltsmittel zur Verfügung stünden. Für sie sei es wichtig, dass die ETF-Tätigkeiten in allen betreffenden Ländern weiter fortgeführt werden können.

**Bruno Giordano (Italien)** unterstützt einen pragmatischen Ansatz der Vorstandsmitglieder sowie die vom französischen Vorstandsmitglied vorgebrachte Anregung.

**Jan Andersson** (vom Europäischen Parlament ernannter unabhängiger Sachverständige) unterstützt einen pragmatischen Ansatz, wonach das Budget nicht überschritten und die Sprachenregelung nicht diskutiert werden sollte.

**Der Vorsitzende** erbittet von den Mitgliedern des Vorstands einen pragmatischen Ansatz entsprechend den obigen Anmerkungen, der keine Veränderung der Sprachenregelung oder der Geschäftsordnung mit sich bringt, sondern bei dem möglichst viele der vereinbarten Empfehlungen umgesetzt werden. Das ETF-Management wird aufgefordert, in einem Jahr über die Auswirkungen der getroffenen Maßnahmen zu berichten.

## 11. Verschiedenes

Der Vorsitzende bittet die Mitglieder des Vorstands, den Fragebogen zur Sitzungsbewertung auszufüllen.

## 12. Termin der nächsten Sitzung

Die nächste Sitzung des Vorstands findet am 20. November 2012 in Turin statt.

## Folgemaßnahmen:

- Aktualisierung des Entwurfs des Arbeitsprogramms 2013 unter Berücksichtigung der Bemerkungen der Vorstandsmitglieder zu i) den aktuellen Gegebenheiten bei den Programmen der Östlichen Partnerschaft, ii) dem ETF-Risikomanagement; iii) einer klareren Ausprägung der Verbindung zwischen den politischen Rahmenbedingungen der EU und den von der ETF geförderten Maßnahmen; v) den auf der Grundlage der Empfehlungen der externen Evaluierung zu entwickelnden und gesondert zu präsentierenden Maßnahmen.

Umsetzung der Empfehlung der Arbeitsgruppe des Vorstands zur Analyse und Bewertung der ETF-Verwaltungskosten und Berichterstattung an den Vorstand in einem Jahr.

